

## POLITISCHER BERICHT SLOWAKEI

März 2004

### ÜBERSICHT

- **Entwicklung der Wählerpräferenzen zwei Wochen vor der Wahl des Staatspräsidenten**
- **Referendum für eine vorgezogene Parlamentswahl**
- **Gescheiterter Misstrauensantrag gegen Finanzminister Ivan Mikloš**
- **Info-mail**

### Entwicklung der Wählerpräferenzen zwei Wochen vor der Wahl des Staatspräsidenten

Am 3. April 2004 werden in der Slowakei Präsidentschaftswahlen stattfinden. Laut slowakischer Verfassung wird der Staatspräsident in einer Direktwahl gewählt. Erhält keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen, findet am 17. April eine Stichwahl zwischen den beiden im ersten Durchgang erfolgreichsten Kandidaten statt.

Laut Umfragen galt bisher der Kandidat der regierenden Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKU) Außenminister Eduard Kukan (25,4 % der Wählerstimmen, März 2004) als Favorit. Kukan wird auch von der liberalen Allianz des Neuen Bürgers (ANO) unterstützt. Die ANO nominierte zwar zuerst ihren eigenen Kandidaten, den Bezirkspräfekten der Region Bratislava Ľubomír Roman. Mitte März entschied jedoch der Parteivorstand, dessen Nominierung zurückzuziehen und die des SDKU-Kandidaten zu unterstützen. Der ANO-Vorsitzende Pavol

Rusko bekräftigte die Entscheidung des Vorstandes und meinte, die Regierungskoalition hätte sich längst auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen sollen.

Die christlich-konservative KDH nominierte ihren eigenen Kandidaten, den ehemaligen christlichen Dissidenten und slowakischen Parlamentspräsidenten (1990 – 1992) František Mikloško, der auch von der Partei der ungarischen Minderheit - SMK unterstützt wird. Laut Umfragen (8,8 %) hat aber Mikloško kaum Chancen in den zweiten Wahlgang zu gelangen.

An zweiter Stelle hinter Kukan lag bis zu letzt in allen Umfragen der umstrittene Ex-Premier und Rechtspopulist Vladimír Mečiar, Kandidat der oppositionellen Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS). Anfang März verbesserte sich seine Position zusehends. Laut neuester Umfrage des Statistischen Amtes liegt er mit 26,7 % vor Eduard Kukan.

Die stärkste oppositionelle Partei SMER nominierte keinen eigenen Kandidaten. In ihren Äußerungen würdigte sie zwar immer die Politik des jetzigen Staatspräsidenten Rudolf Schuster, doch empfahl sie Mitte März ihren Sympathisanten, für den ehemaligen Mečiar-Gefährten und Parlamentspräsidenten Ivan Gašparovič (1992 - 98) zu stimmen. Gašparovič (12,7 %) verließ im Sommer 2002 die Mečiar-Partei und gründete die „Bewegung für Demokratie“ (HZD).

Trotz der Entscheidung der SMER bleibt Rudolf Schuster weiterhin ein starker Kandidat (17,1 %). Schuster ist insbesondere in den Medien sehr präsent. Auch seine Entscheidung, die Wahl des Präsidenten mit dem Referendum für eine vorgezogene Parlamentswahl zu verbinden, wird ihm vermutlich Stimmen bringen.

### Umfrageergebnisse des Statistikamtes:

Kandidat	(%)	
	Februar 2004	März 2004
<b>Vladimír Mečiar</b>	22,9	<b>26,7</b>
<b>Eduard Kukan</b>	26,1	<b>25,4</b>
<b>Rudolf Schuster</b>	16,4	<b>17,1</b>
<b>Ivan Gašparovič</b>	15,4	<b>12,7</b>
<b>František Mikloško</b>	6,9	<b>8,8</b>
<b>Ľubo Roman</b>	4,5	<b>3,5</b>
<b>Martin Bútora</b>	4,7	<b>3,4</b>

## Referendum für eine vorgezogene Parlamentswahl

Am Tag der Präsidentschaftswahl findet auch das Referendum für eine vorgezogene Parlamentswahl statt. Initiiert wurde das Referendum von den Gewerkschaften als Reaktion auf die Reformen im Sozial- und Gesundheitswesen. Die Gewerkschaften sammelten über 600.000 Unterschriften von Wahlberechtigten, um das Referendum für Neuwahlen zu erzwingen. Staatspräsident Rudolf Schuster entschied dann über eine terminliche Zusammenlegung am 3. April 2004 mit dem ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl. Das könnte zu einer höheren Teilnahme am Referendum beitragen, und die Chancen, dass das für ein erfolgreiches Referendum erforderliche Quorum von 50 % erreicht wird, erhöhen. Allerdings ist die Verfassungsmäßigkeit eines Neuwahlenreferendums bei vielen, vor allem Koalitionspolitikern und Rechtsexperten wegen angeblicher Gesetzeslücken höchst umstritten. Ihrer Meinung nach sollte Präsident Schuster in dieser Angelegenheit das Verfassungsgericht anrufen. Verfassungsrechtler sind überwiegend der Meinung, dass der Ausgang des Referendums das Parlament für dessen abschließende Entscheidung nicht bindet.

Soziologen denken, das Referendum werde polarisieren und negative Auswirkungen auch auf die Präsidentschaftswahl haben. Sie rechnen nicht damit, dass das vorgeschriebene Quorum erreicht wird. Ein Referendum über die gleiche Frage stand schon 2000 zur Abstimmung, allerdings gingen damals nur 20 % der Wahlberechtigten zu den Urnen. Die jetzigen 600.000 Unterschriften unter der Gewerkschaftspetition entsprechen 15 % der Wahlberechtigten.

Die Koalitionsparteien forderten ihre Wähler zum Boykott des Referendums auf. Befürworter des Referendums sind die Oppositionsparteien, Staatspräsident Rudolf Schuster und die Gewerkschaften.

Laut einer im Februar vom Statistischen Amt durchgeführten Meinungsumfrage würden 56 % der Wahlberechtigten an dem Referendum teilnehmen, 33 % stimmen definitiv nicht ab und 11 % sind noch unentschieden.

## Gescheiterter Misstrauensantrag gegen Finanzminister Ivan Mikloš

Der am 9. März von der oppositionellen HZDS eingebrachte Misstrauensantrag gegen Finanzminister und Vizepremierminister Ivan Mikloš ist im Parlament am 17. März 2004 gescheitert.

Von den 128 anwesenden Abgeordneten stimmten für die Abberufung nur 62 Abgeordnete der HZDS, der Kommunistischen Partei (KSS), der sozialdemokrati-

schen SMER und der Volksunion (LU), laut Verfassung wären allerdings 76 Stimmen erforderlich.

Von den Abgeordneten der Koalition enthielten sich alle 20 Abgeordneten der Partei der Ungarischen Koalition (SMK) und 2 Abgeordnete der ANO der Stimme. Die SMK war mit mehreren Teilen der vom Ministerium initiierten Steuer- und Sozialgesetze nicht einverstanden und wollte mit ihrem Vorgehen ein „Warnsignal“ in Richtung Premierminister aussenden. Laut dem SMK-Abgeordneten Kőmlosy würde die Partei bei einem erneuten Abstimmen ihr Verhalten nochmals abwägen (Tageszeitung SME, 18.3.2004).

Mittelpunkt der Auseinandersetzung war die von der SMK geforderte einmalige Unterstützung für Rentner, die sich infolge der Wirtschaftsreformen in einer Notlage befinden. Das Ministerium lehnte vorerst die Möglichkeit eines einmaligen Zuschusses mit dem Hinweis auf die angespannte Haushaltslage ab.

Hintergrund für den sog. „Warnschuss“ der mitregierenden SMK ist nach Informationen aus der Regierungskoalition die stetig zunehmende Unzufriedenheit mit dem angeblich wenig konziliannten Führungsstil Premierministers Dzurindas.

Die Abgeordneten des erst vor kurzem als Abspaltung von der SDKU entstandenen Freien Forums (SF) waren zwar im Plenarsaal des Parlaments anwesend, nahmen aber an der Abstimmung nicht teil. Ivan Šimko (SF) erklärte dazu, Mikloš wäre nicht der geeignete Finanzminister, das Freie Forum wolle jedoch nicht helfend zugunsten des Präsidentschaftswahlkampfes der HZDS eingreifen. Das Misstrauensvotum wird von den meisten Beobachtern als Teil der Präsidentschaftswahlkampagne Mečiar verstanden.

Premierminister Mikuláš Dzurinda war mit dem Ergebnis der Abstimmung zufrieden. Er betonte, Mikloš wäre der Motor der Reformen.

## Info-mail

Am 22. März 2004 nahm Premierminister Mikuláš Dzurinda am Europa-Kongress der CDU in Berlin als Ehrengast teil. +++ Die Koalitions- und Oppositionsparteien veröffentlichten ihre Kandidatenlisten für die Wahlen ins Europaparlament. Die ersten Europawahlen in der Slowakei werden am 13. Juni 2004 stattfinden. +++ Anfang März kamen Vertreter der Visegrad-Staaten in Prag zusammen. Sie befassten sich u. a. mit dem Thema der Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt in den jetzigen EU - Mitgliedsstaaten. Von den vier Mitgliedern erklärte allein die Slowakei, dass sie keine entsprechenden Regelungen ihrerseits in Betracht zieht. Die slowakischen Medien brachten allerdings viele kritische Kommentare zu diesem Thema. „Getrennt auch nach der Erweiterung“, kommentierte Lesko in der

Tageszeitung SME (17.2.2004), „Die Meinung, dass wir 14 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer lange Übergangsfristen brauchen, zeigt Mangel an Solidarität“, erklärte der ehemalige EU-Chefunterhändler und künftige EU-Kommissar Jan Figel für die Tageszeitung Novy den (6.2.2004).

Bratislava, den 22. März 2004

Dr. Stefan Gehrold  
(Leiter des Verbindungsbüros)

Gabriela Tibenska  
(wiss. Mitarbeiterin)